



# montags-info



FÜR ARBEITSZEITVERKÜRZUNG - GEGEN SOZIALABBAU

## Die Kommunistische Partei Venezuelas braucht unsere Solidarität!

*Die DKP ruft in Solidarität mit der Kommunistischen Partei Venezuelas zu einer Spendenkampagne auf. Auf einer außerordentlichen Parteivorstandstagung am 30. Juli 2017 beschloss sie folgenden Aufruf.*

Der Klassenkampf in Venezuela nimmt an Schärfe zu. Eine nachhaltige Absicherung der Erfolge der Bolivarianischen Revolution ist noch nicht gelungen; die Kräfte der Reaktion zeigen in diesen Monaten offen ihr Gesicht, das auch Züge von Faschismus erkennen lässt.

Unsere Bruderpartei, die Kommunistische Partei Venezuelas (PCV), ist die einzige Partei, die in dem südamerikanischen Land auf den wissenschaftlichen Sozialismus orientiert. Ihre Mitglieder sind – ebenso wie die der regierenden „Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas“ (PSUV) – von tödlicher Gewalt bedroht. Die PCV bittet in einem Brief an die DKP um Solidarität um

- das Leben und die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder zu sichern.
- die Parteiorganisation in verschiedener Hinsicht zu stärken, um auch in den schwierigsten Momenten des Klassenkampfes einsatzfähig zu sein und sich an dessen unterschiedliche Formen



anpassen zu können.

Die DKP – als die Partei eines jahrzehntelang praktizierten Internationalismus – ruft deshalb ihre Freunde und Mitglieder auf, sich an einer Spendenkampagne für die KP Venezuelas zu beteiligen.

### **Wir rufen auf:**

- Unterstützt die Kommunistische Partei Venezuelas und damit die Bolivarianische Revolution!
- Unterstützt die Kommunistische Partei Venezuelas und damit den Kampf gegen die Reaktion und den Faschismus in Venezuela!
- Unterstützt die Kommunistische Partei Venezuelas und leistet

damit einen Beitrag im antiimperialistischen Kampf!

Hoch die internationale Solidarität!

### **Spendenkonto**

DKP-Parteivorstand  
Postbank Köln  
BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE93 3701 0050  
0253 5255 02  
Verwendungszweck: KP  
Venezuela

aus: UZ – Unsere Zeit vom 04.08.2017

## Kartell der Klimakiller

*Die enge Verbindung von Regierung und Autoindustrie wird öffentlich.*

Die Kanzlerin geriet ins Schwärmen: „Offene Märkte, ein freier, fairer, nachhaltiger und inklusiver Handel“, das sei ein Schwerpunktthema ihrer G20-Präsidentschaft. Solange deutsche Unternehmen dabei gewinnen, hätte die Chefverkäuferin der deutschen Exportindustrie ehrlicherweise hinzufügen müssen.

So gut die aktuellen Verkaufszahlen der Automobilbranche auch aussehen, die deutsche Vorzeigebbranche steckt in einem tiefen Dilemma. Sie hat massiv in das „Größer, Breiter, Schwerer, Stärker und Schneller“ investiert, in die Aufsteigerträume in den Metropolen und den sich ausdehnenden Städten der Welt. Nicht gerade die sinnvollste Art der Verkehrsgestaltung.

Um diese Träume auch noch als Schnäppchen erscheinen zu lassen, hatte die deutsche Vollgasbranche auf den Diesel als Alleinstellungsmerkmal gesetzt. Von der Klimakanzlerin des freien Marktes mit etwa 8 Mrd. Euro/Jahr (18 Cent/Liter) subventioniert. Nur sollten da auch die Abgaswerte stimmen. Zwar hatte sich die Klimakanzlerin in Brüssel schon mehrfach schützend vor ihre Bleifußfraktion geworfen, doch selbst das, was dann weichgespült an CO2-Grenzwerten herauskam, war nicht zu schaffen.

Ein Liter Benzin verbrennt mit Luft zu 2,32 kg CO2, ein Liter Diesel zu 2,63 kg CO2. Der von der EU-Kommission angepeilte Wert von 95 Gramm CO2/km bedeutete einen maximalen Verbrauch von 4,1 Liter beim Benziner und 3,6 Liter beim Diesel. Damit ist kein Porsche Cayenne S V8 Diesel oder Audi Q7 V12 TDI zu machen. Hier musste also die „unkonventionelle Lösung“

her: Das Chip-Tuning der besonderen Art. Besser bekannt als der Diesel-Abgasskandal, der, nebenbei bemerkt, längst kein Diesel-Skandal, sondern zumindest ein Verbrenner-Skandal ist. Im Kern handelt es sich um einen Offenbarungseid jenes Straßenverkehrs, der auf der ungehemmten Verbrennung der fossilen Kohlenstoffressourcen beruht.

Die Verhältnisse in der hochmonopolisierten deutschen Autoindustrie und der ihr angeschlossenen Regierung erscheinen wie eine Illustration des Kapitels VIII. „Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus“ von Lenins Imperialismusschrift. Und Verkehrsminister Alexander Dobrindt wie die Personalisierung des servilen staatsmonopolistischen Erfüllungsgehilfen.

Lenins These vom mangelnden „Antrieb zum Fortschritt“ bezieht sich nicht auf die technische Perfektion im Detail. In Frage stehen der Zweck und die Zukunftsfähigkeit. Die hochmonopolisierte Automobilindustrie – und nicht nur die deutsche – ist ganz offensichtlich nicht in der Lage, eine Antwort auf die Herausforderungen der Zeit zu finden. Nicht weil es die nicht gibt, sondern weil dann die Profite nicht mehr stimmen. Möglich, dass den deutschen Autoherstellern – vermutlich wieder einmal mit Staatsknete – der Weg aus der Dieselsackgasse gelingt. Der Verbrennungsmotor ist damit noch lange nicht erledigt. Viel spricht dafür, dass die Abkehr vom dreckigen Diesel als Legitimationslegende für den ach so sauberen Ottomotor erhalten muss..

aus: UZ – Unsere Zeit vom 04.08.2017 (gekürzt)

## US-geführter Luftschlag tötet mindestens 60 Zivilisten in Syrien

Mindestens sechzig Zivilisten wurden infolge eines US-geführten Luftschlags in der Ostsyrischen Provinz Deir al-Zour getötet. Dies teilte die staatliche Nachrichtenagentur SANA am Dienstag, 1. August mit. Die US-geführte Koalition führte über mehrere Stunden hinweg Luftschläge auf mehrere Dörfer und Städte durch. SANA fügte hinzu, dass diese „Aggression“ ein Massaker verursachte, in dem über sechzig Menschen getötet wurden, dutzende weitere Personen, großteils Kinder und Frauen, wurden verwundet.

Die Luftschläge erfolgten weniger als 48 Stunden, nachdem die US-Koalition ein Krankenhaus und einen Club in der Stadt Bukamal angegriffen hatte, wobei sechs Zivilisten getötet und weitere verletzt wurden.

Der Syrische Außenminister rief den UN-Sicherheitsrat auf, die US-geführte Koalition aufzulösen, die sich ohne Anfrage der Syrischen Regierung gebildet hatte. Die US-Koalition handle außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen. Das Syrische Außenministerium fordert den UN-Sicherheitsrat auf, seiner Verantwortung für den Frieden und die internationale Sicherheit gerecht zu werden, sowie den „Verbrechen“ der US-geführten Koalition Einhalt zu gebieten.

aus: [www.chinadailyasia.com](http://www.chinadailyasia.com), eigene Übersetzung

